

Klimabündnis schreibt empört an Pit Clausen

Oberbürgermeister solle endlich dafür sorgen, dass der Klimawandel städtisches Handeln präge.

Bielefeld. Das Klimabündnis fordert mehr Transparenz, mehr Beteiligung, mehr Tempo und mehr Konsequenz bei der Klimapolitik – und greift Oberbürgermeister Pit Clausen in einem offenen Brief an. Das Klimabündnis zeigt sich „hochgradig irritiert“, dass das 2. Bürgerforum zur Erarbeitung eines Handlungsprogramms „Klimaneutralität 2030“ jetzt abgesagt wurde.

Zitat: „Wir hatten im September 2023 mit einem offenen Brief den schleppenden Fortgang und die mangelnde Transparenz dieses Prozesses kritisiert. Angesichts der Dramatik des Klimawandels halten wir die neuerliche Verzögerung für unverantwortlich. Die Empfehlung des Klimabeirats, bis 2035 Klimaneutralität anzustreben und das Handlungsprogramm anzupassen, liegt drei Jahre zurück. Die Beauftragung des beratenden Unternehmens erfolgte vor 1,5 Jahren. Und es liegt noch immer nichts vor – kein Entwurf für ein Handlungsprogramm, kein Verfahren zur Bürgerbeteiligung, kein Monitoring-Konzept. Das wird der Dramatik des Klimawandels nicht gerecht.“

Das Klimabündnis berichtet, dass für die Verzögerung „organisatorische Gründe“ genannt würden. Und es fragt Clausen: „Warum werden die Gründe nicht kommuniziert, warum stellen Verwaltung und Politik keine Transparenz für diesen für die Zukunft so immens wichtigen Prozess her?“

Das Klimabündnis, dem

unter anderem Bernadette Bueren, Angelika Claussen, Godehard Franzen, Margit Mölder-Ruiz, Petra Schepsmeier und Thomas von Sehlen angehören, hat Forderungen, und versieht diese mit dem Wort „unverzüglich“:

- die Arbeitsergebnisse und Handlungsvorschläge des beratenden Unternehmens Gertec veröffentlicht werden
- ein Bürgerbeteiligungsprozess dazu eingeleitet wird.

Das Bündnis weiter: „Wir nehmen immer wieder wahr, dass das Ziel, bis 2030 Klimaneutralität zu erreichen, als äußerst ambitioniert, ja nicht erreichbar, öffentlich kommuniziert wird. Wir erinnern daran, dass es ein einstimmiger Hauptausschussbeschluss im September 2022 war, der das vom Klimabeirat empfohlene Jahr für die Klimaneutralität von 2035 auf 2030 vorverlegt hat. Wir erwarten, dass die Politiker ihren eigenen Beschluss ernst nehmen und sich der selbst vorgegebenen Herausforderung stellen.“

Und es sei auch die Verwaltung selbst verantwortlich: „Wir sehen sie in der Verpflichtung, entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen. Dabei halten wir es für erforderlich, die Maßnahmen zeitlich gestuft mit quantifizierten CO₂-Einsparzielen, die einer Überprüfung zugänglich sind, zu planen. Nur wenn klare Schritte und quantifizierte Etappenziele zur CO₂-Einsparung festgelegt werden, gibt es eine Chance, Klimaneutralität zu erreichen.“